



MIT KLAREM KURS.

**MEHR SICHERHEIT
FÜR DEUTSCHLAND.**

CDU

35. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS
9. bis 10. September 2022 | Deutsche Messe Hannover

Klarer Kurs für sichere Energie und
eine starke Wirtschaft

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
an den 35. Parteitag

Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft

1.

1 Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke 2 Wirtschaft

3 Wir leben in besonders schwierigen Zeiten. Es herrscht
4 Krieg in Europa. Die Preise steigen, die
5 Energieversorgung ist ungewiss, die Wirtschaft
6 stagniert, es droht eine Rezession, wirtschaftlich ziehen
7 dunkle Wolken auf, das Klima wandelt sich spürbar.
8 Viele bisher geltenden Gewissheiten sind in Frage
9 gestellt. Es ist eine Zeit, in der unser Land vor enormen
10 Herausforderungen steht.

11 An den wichtigsten Wegmarken unserer Geschichte hat
12 die CDU aus einer grundlegenden Überzeugung heraus
13 die wesentlichen Entscheidungen in den letzten 75
14 Jahren geprägt: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung,
15 europäische Einigung, Aussöhnung mit Israel, deutsch-
16 französische und transatlantische Freundschaft,
17 Wiedervereinigung und Bau des europäischen Hauses
18 nach dem Fall der Mauer, Bewältigung der Finanzkrise
19 und das Ziel der Klimaneutralität 2045. Bei manch einer
20 dieser Entscheidungen wurde innenpolitisch intensiv
21 gestritten und diskutiert. Wir sind gemeinsam mit der
22 CSU als Union standhaft geblieben und haben für
23 unsere Überzeugungen gekämpft, auch wenn uns der
24 Wind ins Gesicht wehte. Wir haben auch bewiesen, dass
25 wir das Land erfolgreich durch wirtschaftliche Krisen
26 führen und so den Wohlstand für die Menschen in
27 Deutschland sichern können.

28 Auch jetzt ist das Land in einer ernsthaften Krise. Erst
29 die Corona-Pandemie, jetzt die Energiekrise. Für viele
30 fühlen sich die Krisen an wie in einer Endlosschleife. Es
31 ist Zeit, sich auf unsere Grundprinzipien zu besinnen.
32 Wir stehen zu Demokratie, Rechtstaatlichkeit und
33 Freiheit und verteidigen sie – auch wenn dies
34 kurzfristig zu Belastungen in unserem Leben führt.
35 Freiheit hat ihren Preis. Wichtig ist aber, dass die damit
36 einhergehenden Belastungen auch gerecht und
37 solidarisch verteilt werden, damit der gesellschaftliche
38 Zusammenhalt erhalten bleibt.

39 Aus Überzeugung unterstützen wir die Ukraine auch
40 mit militärischen Mitteln in ihrem Kampf gegen den
41 russischen Aggressor. Mit der Ukraine verteidigen wir
42 die regelbasierte Ordnung und unsere Werte von
43 Freiheit und Demokratie. Fällt die Ukraine, wird
44 Russland seinen weiteren Plan einer Ausweitung des
45 Krieges gegen die Republik Moldau und das Baltikum
46 fortsetzen. Wir wollen der Ukraine nicht nur militärisch
47 helfen, sondern sie auch nach einem Friedensschluss
48 beim Wiederaufbau und beim Weg in die Europäische
49 Union unterstützen.

50 Der Krieg hat auch enorme Auswirkungen auf die
51 Wirtschaft und die Energieversorgung unseres Landes-.
52 Energie ist eine wesentliche Grundbedingung für unser
53 Leben und unseren Wohlstand. Erst die Dampfmaschine
54 und die darauffolgende Industrialisierung ermöglichte
55 es unseren Vorfahren vor über 200 Jahren, aus der
56 Armut zu entkommen. Auch heute gilt: Ohne Energie
57 kein Handwerk, kein Mittelstand und keine Industrie,
58 ohne Wirtschaft kein Wohlstand. Modernes Leben
59 benötigt Energie, die bezahlbar sein muss, mehr denn

60 je. Daher sind Energiefragen immer große
61 Systemfragen. Die deutsche Wirtschaft steht zeitgleich
62 vor mehreren großen Herausforderungen:
63 Globalisierung und Klimawandel, Digitalisierung und
64 Demografie haben unmittelbare Auswirkungen auf
65 unsere Unternehmen und die Beschäftigten. Eine
66 strukturelle Wachstumsschwäche, Arbeits- und
67 Fachkräftemangel, Rohstoffknappheit und
68 Unterbrechungen in den Lieferketten kommen hinzu.
69 Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstläufer!

70 Die hohen russischen Importanteile bei fossiler Energie
71 erweisen sich angesichts Putins verbrecherischen
72 Kriegs als schwere Hypothek. Wir müssen weg davon
73 mit schnellen Schritten und so bald wie möglich.

74 Wir stehen wirtschaftlich in einem globalen Wettbewerb.
75 Wir werden ihn bestehen mit der Überzeugung von der
76 Überlegenheit der sozialen und ökologischen
77 Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft
78 autokratischer Systeme, mit Technologieführerschaft
79 durch eine leistungsstarke Forschungs- und
80 Innovationslandschaft sowie mit konkurrenzfähigen
81 Rahmenbedingungen.

82 Die dramatisch fortschreitende Erderwärmung
83 erfordert eine drastische Reduktion unseres
84 Treibhausgas-Ausstoßes: Deutschland muss bis
85 spätestens 2045 klimaneutral werden. Allein mit der
86 Vermeidung von CO₂ – Emissionen werden sich die
87 Klimaziele aber nicht mehr erreichen lassen. Neben
88 allen notwendigen Vermeidungsstrategien müssen
89 schnelle technologische Fortschritte bei der
90 Abscheidung und Rückgewinnung von CO₂ aus

91 Produktions- und Verbrennungsprozessen sowie aus
92 der Atmosphäre hinzukommen. Dann können wir
93 Klimaneutralität tatsächlich bis 2045 noch erreichen.

94 Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist nicht nur die
95 Grundlage für unseren Sozialstaat, sondern sie wirkt
96 über unsere Grenzen hinaus: Wir haben als größte
97 Volkswirtschaft eine starke und prägende Rolle in
98 Europa. Wir sind als Exportnation Treiber der
99 Globalisierung im positiven Sinne. Wir wollen daher die
100 Stärken der deutschen Wirtschaft für Europa und die
101 Welt erhalten und ausbauen.

102 Leider müssen wir feststellen, dass die Ampel-
103 Regierung den großen Herausforderungen nicht
104 gewachsen ist. Zu oft werden Entscheidungen zu spät
105 oder falsch getroffen, werden Lösungswege viel zu eng
106 angelegt oder sie sind schlichtweg handwerklich
107 schlecht gemacht Das betrifft praktische Fragen für
108 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, gerade
109 auch die Unternehmen des erfolgreichen deutschen
110 Mittelstands: Werde ich im nächsten Winter meine
111 Wohnung heizen können? Kann ich die nächste
112 Rechnung noch bezahlen? Kann ich mein Unternehmen
113 so noch weiterführen? Aber auch der große Blick auf
114 das Ganze fehlt, nämlich wie Deutschland ein
115 erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleibt, mit hohem
116 Zusammenhalt und erfolgreich auf dem Weg zur
117 Klimaneutralität 2045, dem auch andere Länder folgen
118 werden.

119 Deutschland kann mehr. Deutschland braucht Klarheit
120 und Verlässlichkeit. Energie muss für alle bezahlbar
121 und sicher sein. Die Rahmenbedingungen für die

122 Wirtschaft müssen strukturell verbessert werden.
123 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen
124 entlastet werden, damit wir gut durch die Krise kommen.
125 Der Staat erzielt durch die steigenden Energiepreise
126 und die Inflation hohe Steuereinnahmen. Diese müssen
127 umfassend zurückgegeben werden. Der Staat darf kein
128 Krisengewinner sein. Es braucht Entlastungen jetzt!

2.

129 **I. Für sichere und klimaneutrale Energieversorgung**

130 Die Energieversorgung muss sicher sein. In einem
131 modernen Industrieland muss jederzeit ausreichend
132 Energie verfügbar sein – und dabei darf der
133 Klimaschutz nicht aus dem Blick geraten. Eine sichere
134 und klimaneutrale Energieversorgung ist eine Frage
135 nationaler Sicherheit und Souveränität.
136 Versorgungspolitische Abhängigkeiten, wie es derzeit
137 beim russischen Gas der Fall ist, müssen zukünftig
138 verhindert werden. Deutschland und die Europäische
139 Union müssen schnellstens zu einer strategisch
140 souveränen Energieversorgung übergehen. In
141 Krisenzeiten wie diesen, in denen jede Kilowattstunde
142 Gas und verlässlicher Strom zählt, müssen alle
143 bestehenden inländischen Möglichkeiten zur Strom-
144 und Wärmeerzeugung genutzt werden. Nur so können
145 wir den aktuellen Angebotsschock überwinden. Denn es
146 besteht in unserer Marktwirtschaft ein wichtiger
147 Mechanismus: Wir müssen das Angebot an Energie
148 erhöhen, dann sinkt auch der Preis wieder. Deutschland
149 braucht ein Gesamtkonzept für die Energieversorgung
150 auf unserem Weg hin zur Klimaneutralität 2045. An den

151 Grundsatzbeschlüssen zum Ausstieg aus der Kohle
152 und Kernenergie halten wir fest.

153 ***Ausstiegsplan vorlegen – Versorgung sicherstellen***

154 Die Ampel-Regierung hat bis heute keinen
155 Ausstiegsplan aus russischer Energie vorgelegt,
156 obwohl der Deutsche Bundestag sie dazu bereits im
157 April aufgefordert hatte. Dies trägt zur Verunsicherung
158 an den Energiemärkten bei. Zudem will die
159 Bundesregierung zum Ende des Jahres 2022 das
160 europäischen Öl-Embargo auf durch Pipelines nach
161 Deutschland transportiertes Öl ausweiten. Es muss
162 sichergestellt werden, dass die ostdeutschen
163 Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig
164 mit dem benötigten Öl versorgt werden. Eine
165 ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands
166 mit Treibstoff muss zu jedem Zeitpunkt gesichert sein.
167 Zudem muss es eine Garantie für den Erhalt der
168 wirtschaftlichen Infrastruktur an den ostdeutschen
169 Raffinerie-Standorten geben.

170 ***Transparenz schaffen – politische Verantwortung***
171 ***übernehmen***

172 Sollte es im Winter zu Versorgungsengpässen kommen,
173 müsste die Bundesnetzagentur im Notfall
174 Entscheidungen von weitreichendem Ausmaß treffen
175 und Gas zuteilen. Es muss dann entschieden werden,
176 welche Branchen und welche Produkte systemrelevant
177 sind und mit dem knappen Gas versorgt würden. Das
178 sind Wertenscheidungen, die nicht an die
179 Bundesnetzagentur delegiert werden können, sondern
180 politisch verantwortet werden müssen.

181 ***Gasspeicher besser kontrollieren***

182 Gasspeicher sind bzw. waren teilweise in russischer
183 Hand und damit Teil einer politischen Manövriermasse
184 geworden. Gasspeicher sind jedoch auch Teil der
185 kritischen Infrastruktur mit Auswirkungen auf nahezu
186 alle Lebensbereiche. Wir fordern daher mehr staatliche
187 Kontrolle über die Gasspeicher. Die Gasspeicher, die
188 aktuell in russischer Beteiligung sind, müssen
189 dauerhaft in nationale Verantwortung übernommen
190 werden. Zudem sollte der Verkauf von Gasspeichern an
191 ausländische Investoren untersagt werden.

192 ***Flüssiggas (LNG) schneller beschaffen und einsetzen***

193 Wir erwarten von der Ampel-Regierung eine klare
194 Auskunft darüber, welche zusätzlichen Gaslieferungen
195 für 2022 und 2023 sie zum Ersatz russischen Gases
196 gesichert hat. Zudem müssen die für unsere
197 Gasversorgung wichtigen LNG-Terminals im
198 niedersächsischen Wilhelmshaven und Stade sowie im
199 schleswig-holsteinischen Brunsbüttel schnell
200 genehmigt und gebaut sowie kurzfristig schwimmende
201 LNG-Terminals wie das in Lubmin genutzt werden. Für
202 den Westen Deutschlands ist ein Ausbau der Pipeline-
203 Verbindungen aus den Häfen Antwerpen und Rotterdam
204 dringend erforderlich. Unsere Nachbarn in Belgien sind
205 dazu bereit. Sie brauchen aber endlich konkrete
206 Abnahmezusagen der Bundesregierung. Der Süden
207 sollte schnellstmöglich an die Häfen in der Adria
208 angeschlossen werden. Die kurzfristige Beschaffung
209 von Flüssiggas durch die Gasimporteure muss intensiv
210 politisch flankiert werden. Im Hinblick auf
211 Vertragslaufzeiten und die Unterstützung von

212 Infrastrukturinvestitionen in Lieferländern müssen die
213 Rahmenbedingungen für kurzfristige Lieferbeziehungen
214 angepasst werden.

3.

215 **Jede Kilowattstunde zählt – Kernkraftwerke**
216 **befristet weiterlaufen lassen und Kohlekraftwerke**
217 **vorübergehend, aber zügig ans Netz bringen**

218 Jede in Deutschland produzierte Kilowattstunde Strom
219 hilft, die Versorgung zu sichern und den Strompreis zu
220 stabilisieren. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist
221 technisch, rechtlich und finanziell möglich; erforderliche
222 Brennstäbe können bestellt werden. Neben dem
223 notwendigen Wiederanfahren von Braun- und
224 Steinkohlekraftwerken aus der Netzreserve und der
225 Sicherheitsbereitschaft müssen alle 3 noch laufenden
226 Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus
227 weiterbetrieben werden, so lange dies für die
228 Versorgung notwendig ist. Sie produzieren sicheren,
229 bezahlbaren, verlässlichen und klimaneutralen Strom.
230 Der aktuelle Vorschlag von Bundesminister Habeck, nur
231 2 Kernkraftwerke bis Ende April 2023 in die Reserve zu
232 überführen, führt hingegen zu höheren Kosten und
233 erhöht das Risiko eines Blackouts. Er bedeutet weniger
234 Klimaschutz und beschädigt europäische Solidarität.

235 **Biomasse intensiver nutzen**

236 Die Bedeutung der Biomasse muss gestärkt und der
237 Einsatz von Biogas und klimaneutralen Gasen gefördert
238 werden. Dazu muss der Biomasse-Deckel endlich
239 angehoben werden. Seit Monaten wird hier vorhandenes

240 Potential zum Ersatz russischen Gases nicht genutzt.
241 Zudem müssen mit einer umfassenden
242 Bioenergiestrategie die Weichen neu gestellt werden,
243 um Biomasse z. B. als Biomethan als heimischer
244 Ressource einen Platz für unsere zukünftige
245 nachhaltige Energieversorgung zu ermöglichen. Dabei
246 muss auch der von der Bundesregierung geforderte
247 Rückbau von Gasnetzen dringend zurückgenommen
248 werden.

249 ***Alle Potenziale der Erneuerbaren Energien nutzen***

250 Wir brauchen jetzt einen Turbo für die Erneuerbaren
251 Energien, um sie beschleunigt auszubauen. Die
252 konsequente Nutzung dieser heimischen Energieträger
253 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur unabhängigen
254 Energieversorgung. Neben Windenergie, Photovoltaik
255 und Biomasse sind auch die Potenziale der Wasserkraft
256 und der Geothermie besser zu nutzen. Ebenfalls wollen
257 wir hierbei den nachwachsenden Rohstoff Holz aus
258 einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung
259 berücksichtigen. Wir fordern dazu eine konzertierte
260 Aktion, in der Bund, Länder und Kommunen an einem
261 Strang ziehen. Anreize müssen verstärkt und
262 Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht
263 werden: Pro Erneuerbare-Energien-Anlage muss eine
264 digitale Akte genügen. Die Installation und der Betrieb
265 einer PV-Anlage auf dem privaten Haus muss endlich
266 von allen Steuern und Abgaben befreit werden.
267 Unternehmen müssen für Anschaffungen in
268 Klimaschutz bessere Abschreibungsbedingungen
269 erhalten. Zudem müssen maximale Bearbeitungszeiten
270 für Genehmigungen im Sinne einer
271 Genehmigungsfiktion festgesetzt werden. Bei

272 Windanlagen an Land sollte die Verfahrensdauer nach
273 Feststellung der Vollständigkeit eines Antrags in der
274 Regel auf längstens ein halbes Jahr begrenzt werden.
275 Gleiches gilt für den Ausbau bereits vorhandener
276 Windräder (Repowering) und für die Verdichtungen
277 innerhalb von bestehenden Windparks. Ein besonderer
278 Fokus muss jetzt auf der Erweiterung von offshore
279 Windanlagen liegen.

4.

280 ***Private Stromspeicher für den Markt nutzen***

281 Die Speicher von privaten Solaranlagen, die in
282 Deutschland schon verbaut und künftig noch zugebaut
283 werden, sollen als „Zwischenpuffer“ für
284 überschüssige Energie genutzt und in Koordination
285 mit den Netzbetreibern zum Einsatz gebracht werden.

286 ***Energieeffizienz fördern***

287 Für die Energieeffizienz müssen mehr Anreize
288 gesetzt werden: durch die Verstärkung bestehender
289 Förderinstrumente, aber auch durch eine verbesserte
290 Steuerförderung für Effizienzmaßnahmen wie für
291 Klimatechnologien insgesamt. Die Devise muss sein:
292 CO2 runter, Steuern runter. Denn Energie, die nicht
293 verbraucht wird, muss schließlich nicht erst erzeugt
294 werden. Zudem muss kurzfristig ein umfassender
295 Energiesparpakt von Bund, Ländern und Kommunen
296 initiiert werden.

297 ***Spielräume beim EU-Emissionshandel schaffen***

298 Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen

299 Kommission, Zertifikate aus der Reserve des
300 Emissionshandels zu nehmen und zu versteigern. Die
301 Einnahmen sollen für die Beschleunigung der
302 Investitionen in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz,
303 LNG-Terminals und andere Technologien genutzt
304 werden, die uns unabhängiger von russischem Gas
305 machen und sowohl dem Klimaschutz als auch der
306 Preissenkung dienen. Das Argument, dass der Preis
307 dadurch sinkt, dreht sich in diesen Tagen um: Es ist
308 dringend geboten, dass Unternehmen und
309 Stromverbraucher von Kosten entlastet werden.
310 Klimaziele für 2030 können dadurch erreicht werden,
311 dass in späteren Jahren die Zertifikate wieder in die
312 Reserve gelangen.

313 ***Netzausbau beschleunigen***

314 Um unsere Energieinfrastruktur zu stärken, muss der
315 nationale und transnationale Strom- und
316 Gasnetzausbau, für den der Bundestag ein
317 überragendes öffentliches Interesse festgestellt hat,
318 nochmals verstärkt und beschleunigt werden. Trassen
319 müssen gebündelt und anwohnerverträglich realisiert
320 werden. Um unsere Energieinfrastruktur zu stärken,
321 muss der nationale und transnationale Netzausbau
322 nochmals verstärkt und beschleunigt werden. Dazu
323 müssen die Programme des europäischen
324 Wiederaufbaufonds viel stärker genutzt werden.

5.

325 ***Wasserstoff fördern***

326 Wasserstoff ist der Schlüssel, um Industrie und

327 Klimaneutralität zu verbinden. Hierfür muss mit einem
328 „Bundeswasserstoffnetz“ eine Leitungsinfrastruktur
329 von Nord, Süd, Ost und West umgesetzt werden - keine
330 Region darf abgehängt bleiben. Elektrolyseure zur
331 Erzeugung von Wasserstoff in großindustriellem
332 Maßstab müssen möglichst dort entstehen, wo
333 Energie produziert wird. Die Umsetzung der Nationalen
334 Wasserstoffstrategie muss hierfür beschleunigt und
335 konsequent fortgeführt werden und internationale
336 Kooperationen ausgebaut werden. Die LNG-Terminals,
337 die jetzt entstehen, müssen von vorneherein so
338 ausgerichtet werden, dass sie für Wasserstoffderivate
339 genutzt werden können.

340 ***In Zukunftstechnologie investieren***

341 Die CDU Deutschlands setzt auf Technologieoffenheit
342 und die Kraft aus Forschung und Innovation. Wir wollen
343 eine innovationsgetriebene Technologie-Agenda
344 aufsetzen, die der deutschen Wirtschaft den
345 Rückenwind geben soll, in 5 bzw. 10 Jahren auf
346 technologischen Schlüsselgebieten wieder
347 Weltmarktführer zu werden und damit Wohlstand zu
348 sichern. In Speichertechnologien wie auch in der
349 Kernfusion kann ein großes Zukunftspotenzial liegen.
350 Deutschland darf hier bei Forschung und Entwicklung
351 nicht hinter anderen Ländern zurückbleiben. Jetzt
352 entscheidet sich, wo weltweit diese Technologie zur
353 Reife entwickelt wird. Auch in Deutschland gibt es
354 Startups, die Zukunftstechnologien aus der
355 Grundlagenforschung auf die nächste Ebene heben
356 wollen. Diese müssen finanziell gefördert und
357 unterstützt werden

358 ***Europapolitisch abgestimmt agieren -***
359 ***Solidaritätsverträge mit Nachbarstaaten schließen***

360 Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist
361 nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern eine
362 gemeinsame Aufgabe der europäischen Staaten. Der
363 europäische Energiemarkt ist ein Binnenmarkt.
364 Deutsche Alleingänge schaden daher nicht nur
365 unserem Ansehen bei internationalen Partnern sondern
366 auch dem Markt als Ganzem. Stärker als bisher muss
367 die Bundesregierung daher europäisch abgestimmt
368 handeln und sich nicht immer wieder ins internationale
369 Abseits stellen. Die nach EU-Recht und
370 Energiesicherungsgesetz notwendigen
371 Solidaritätsabkommen müssen zu diesem Zweck
372 endlich mit allen Nachbarländern Deutschlands
373 geschlossen werden. Nur mit ihnen wird europäische
374 Solidarität im Ernstfall konkret.

6.

375 **II. Für bezahlbare Energie**

376 Unser Ziel ist klar: Energie muss bezahlbar sein – für
377 alle Haushalte, für Unternehmen und Selbstständige,
378 für soziale und öffentliche Einrichtungen. Nur mit einer
379 verlässlichen Energieversorgung zu
380 wettbewerbsfähigen Preisen werden wir unseren
381 Wohlstand nachhaltig sicherstellen können.

382 ***Gasumlage aufheben***

383 Die von der Ampel-Regierung beschlossene Gasumlage
384 muss schnellstens wieder aufgehoben werden. Aus der
385 Gasumlage ist eine Chaosumlage geworden. Sie ist

386 handwerklich schlecht gemacht und hat eine soziale
387 Schieflage. Millionen Betroffene wissen nicht, ob sie nun
388 so kommt oder nicht, wer sie bezahlen muss und wer
389 nicht. Sie belastet unverhältnismäßig private
390 Haushalte und Unternehmen in einer finanziell ohnehin
391 schon angespannten Lage und sie treibt die
392 Inflationsrate weiter nach oben. Und es profitieren zum
393 Teil die falschen von der Umlage, z.B. internationale
394 Konzerne, die Krisengewinner sind. Stattdessen sollten
395 insolvenzgefährdete Gasimporteure gezielt unterstützt
396 werden, sofern dies für die Versorgungssicherheit
397 notwendig ist. Es muss zudem sichergestellt werden,
398 dass die unterstützten Unternehmen das Geld
399 zurückzahlen, wenn es ihnen mittelfristig finanziell
400 besser geht. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein
401 entsprechendes Konzept dringend vorzulegen und
402 umzusetzen.

403 ***Preisbremse auf dem Strommarkt einführen***

404 Der Strompreis explodiert. Grund ist die sehr teure
405 Gasverstromung, die den Marktpreis für Strom
406 bestimmt. Die Ampel-Regierung und die EU-
407 Kommission müssen schnellstmöglich handeln und
408 kurzfristig entschlossen gegensteuern, um diese
409 krisenbedingten Verzerrungen auszugleichen. Es sollte
410 geprüft werden, ob der Großhandelspreis für Strom
411 europäisch gedeckelt wird (Price Cap). Über diese
412 zeitlich eng zu befristenden Notfallinstrumente hinaus,
413 bedarf es einer grundsätzlichen Reform der
414 Preissetzung im Europäischen Strommarkt, welche
415 extreme Preisverwerfungen einzelner Energieträger
416 antizipiert. Grundsätzlich muss das
417 marktwirtschaftliche Design des europäischen

418 Strommarktes erhalten bleiben, um verlässliche
419 Anreize für notwendige Investitionen zu setzen.

420 ***Energiegrundversorgung einführen***

421 Gas und Strom müssen für alle Menschen bezahlbar
422 bleiben. Für Strom hat die Ampel-Regierung
423 entsprechende Maßnahmen angekündigt. Die
424 konkrete Umsetzung zu Höhe, Zeitpunkt und
425 Finanzierung bleibt allerdings völlig offen. Eine totale
426 Leerstelle bei den Vorschlägen der Regierung gibt es
427 beim größten Problem: dem extrem hohen Gaspreis.
428 Hier sind dringend Entlastungen nötig. Stattdessen
429 werden die Menschen mit der Einsetzung einer Experten-
430 Kommission getröstet. Die Bürgerinnen und Bürger
431 brauchen vor Beginn des Winters Planungssicherheit
432 und Verlässlichkeit bei den Strom- und Gaspreisen.

433 Daher fordern wir einen Preisdeckel für einen normalen
434 Grundbedarf an Strom und Gas für private Haushalte.
435 Als Gas-Grundbedarf sollen 75 Prozent des
436 Vorjahresverbrauchs gelten und hierfür ein Preis von
437 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden. Dadurch
438 werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
439 überproportional entlastet.

7.

440 ***EEG-Milliarden für Entlastung bei Stromkosten nutzen***

441 Während Bürgerinnen und Bürger und unsere
442 Wirtschaft unter den hohen Energiepreisen ächzen, sitzt
443 die Ampel-Regierung auf EEG-Mitteln aus Fördertopf
444 und Haushalt von fast 25 Mrd. Euro. Über viele Jahre
445 haben die Bürgerinnen und Bürger mit der EEG-Umlage

446 ihren Teil zum Ausbau der Erneuerbaren beigetragen.
447 Gerade in dieser schweren Lage ist es angebracht,
448 nunmehr die Bürgerinnen und Bürger mit Mitteln aus
449 dem EEG-Topf bei den Stromkosten zu entlasten. Die
450 Netzentgelte für 2023 sind vollständig auszusetzen und
451 die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz zu senken.
452 Zudem sollte die Energiesteuer auf Flüssiggas, Erdgas
453 und Heizöl befristet reduziert werden.

454 ***1000-Euro-Energiepauschale für Menschen mit***
455 ***geringem Einkommen***

456 Die Energiepauschale von 300 Euro ist angesichts der
457 stark steigenden Energiepreise für Menschen mit
458 geringen und mittleren Einkommen zu niedrig. Daher
459 sollten Haushalte im unteren Einkommensdrittel mit
460 einer 1000 Euro-Energiepauschale unterstützt werden.
461 1000 Euro für das untere Einkommensdrittel sind
462 wichtiger als 300 Euro für alle.

463 ***Pendlerinnen und Pendler entlasten***

464 Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die
465 tagtäglich auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit
466 zu kommen, brauchen unsere Unterstützung. Wir
467 fordern daher, die erhöhte Entfernungspauschale
468 bereits ab dem ersten gefahrenen Kilometer
469 rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu lassen.

470 Ergänzend dazu sollte es für Menschen mit kleinem
471 Einkommen und geringem Steuersatz, die von der
472 Entfernungspauschale nicht profitieren, ein
473 Entfernungsgehalt geben, das als Zuschlag ausgezahlt
474 wird.

475 ***Energiesparen belohnen***

476 Energiesparen muss sich lohnen. Wir fordern daher
477 Energie-Bürger Gutscheine für alle privaten Haushalte,
478 die Energie sparen. So könnte beispielsweise jede im
479 Vergleich zu 2021 eingesparte Kilowattstunde Gas
480 belohnt werden. Zugleich sollen Bürgerinnen und
481 Bürger einen 100 Euro Handwerker-Gutschein erhalten,
482 wenn sie ihre Heizungsanlagen noch in diesem Jahr auf
483 Effizienz hin überprüfen lassen.

484 ***Strom- und Gassperren verhindern***

485 Auf Mieterinnen und Mieter kommen hohe
486 Heizkostennachzahlungen zu. In der derzeit besonders
487 schwierigen Lage müssen wir verhindern, dass
488 Nachzahlungsforderungen besonders negative Folgen
489 haben. Wir fordern für die nächsten sechs Monate ein
490 Kündigungsmoratorium für alle privaten Strom- und
491 Gaslieferverträge.

8.

492 ***Kommunen als Stabilitätsanker stützen***

493 Auf Gemeinden, Städte und Landkreise ist in jeder Krise
494 Verlass. Die Kommunen garantieren für die Menschen
495 die Daseinsvorsorge, die sozialen Leistungen und die
496 Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Neben den
497 Energieeinsparungen und der Förderung besserer
498 Energieeffizienz fordern wir für die Kommunen eine
499 gesonderte Unterstützung bei der Energieversorgung.
500 In den kommunalen Kitas, Schulen, Krankenhäusern,
501 Klärwerken, Wasserbereitung und Einrichtungen muss
502 der Betrieb sichergestellt werden.

503 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen unterstützen

504 Aufgrund der gestiegenen Energiekosten geraten
505 Einrichtungen des Gesundheitssektors und der Pflege in
506 finanzielle Schieflagen. Um zu verhindern, dass
507 Preissteigerungen auf Patienten und Bewohner
508 weitergegeben werden und somit Gesundheit und Pflege
509 teurer wird, müssen Gesundheits- und
510 Pflegeeinrichtungen, ähnlich wie in der Corona-
511 Pandemie, besonders unterstützt werden.

512 Schutzschirm für Stadtwerke aufspannen

513 Die geplante Gasumlage wird die angespannte Lage bei
514 den Stadtwerken zusätzlich verschärfen. Bei
515 Festpreisverträgen und Fernwärme müssen die
516 Versorger in Vorleistung gehen und bleiben zum Teil auf
517 den Kosten sitzen. Wir brauchen Liquiditätshilfen und
518 einen Insolvenzschutz für unsere Stadtwerke.
519 Außerdem muss die KfW ein Bürgschaftsprogramm
520 bereitstellen, damit Stadtwerke für den börslichen und
521 außerbörslichen Handel Sicherheiten hinterlegen
522 können, selbst wenn ihre Kreditlinien schon erreicht
523 sind.

9.**524 III. Für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland**

525 Die vielen Unternehmen und Beschäftigten in Industrie,
526 Handwerk und Mittelstand, Familienunternehmen und
527 freien Berufen sind zentrale Stützen unseres Landes.
528 Gemeinsam erwirtschaften sie unseren Wohlstand, der
529 die Grundlage ist für einen Staat, der Schwachen hilft
530 und in der Krise schützt. Die Unternehmen brauchen die

531 richtigen Rahmenbedingungen, damit sie
532 wettbewerbsfähig bleiben und Arbeitsplätze sowie
533 Wirtschaftswachstum in Deutschland schaffen können.
534 Alle zusammen sind das die Fleißigen in der Mitte der
535 Gesellschaft, die tagtäglich den Laden am Laufen
536 halten.

537 Neben gezielten Hilfen in der Krise ist es seit jeher
538 Grundlage unserer Politik, beste Bedingungen für
539 wettbewerbsfähige Unternehmen zu schaffen. So geben
540 wir Freiraum für Innovation und Wachstum. Wir befreien
541 Unternehmen von unnötiger Bürokratie und geben
542 ihnen damit mehr Zeit und Kraft für ihren
543 wirtschaftlichen Erfolg. So sorgen wir für
544 Wettbewerbsfähigkeit und fördern nachhaltiges
545 Wachstum. Angesichts einer anhaltenden
546 Rekordinflation ist eine Stärkung der
547 wachstumsfördernden Angebotspolitik dringend
548 notwendig. Jedes zusätzliche Angebot auf dem Markt
549 senkt die Preise. Dabei setzen wir auf folgende
550 Maßnahmen:

551 ***Unternehmen bei Energiekosten unterstützen***

552 Immer mehr Betriebe und Unternehmen sind angesichts
553 explodierender Gas- und Strompreise existentiell
554 bedroht. Bereits jetzt kommt es zu ersten Stilllegungen
555 und Schließungen in Industrie und Mittelstand. Die
556 Ampel-Regierung lässt die kleinen und mittleren
557 Betriebe mit ihren Sorgen allein. Die dramatische
558 Situation erfordert für die am stärksten betroffenen
559 Unternehmen unkomplizierten Zugang zu
560 angemessenen Hilfsleistungen. Wir fordern daher, das
561 Energiekostendämpfungsprogramm dringend

562 anpassen, damit mehr Unternehmen unbürokratisch
563 Unterstützung tatsächlich erhalten. Auch Mittelstand
564 und Handwerk wie beispielsweise Bäckereien müssen
565 Unterstützung erhalten. Dabei sollten Hürden für die
566 Unterstützung energieintensiver Unternehmen
567 abgesenkt und das angekündigte Auktionsprogramm
568 für die Industrie um finanzielle Anreizmechanismen
569 ergänzt werden. Durch die Rekordhöhen bei den
570 Energiepreisen droht eine De-Industrialisierung
571 Deutschlands. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu
572 erhalten, muss der vom Bundeskanzler zugesagte
573 Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde
574 zügig eingeführt werden.

575 ***Beschäftigte vor heimlichen Steuererhöhungen***
576 ***schützen***

577 Die Bundesregierung vergisst offensichtlich die
578 Mittelschicht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
579 müssen infolge von Lohnsteigerungen zum Ausgleich
580 der Inflation eine höhere Einkommensteuer zahlen, als
581 es gerecht wäre. Dass der Staat sich auf diese Weise
582 bereichert, ist weder sozial noch gerecht. Wir fordern
583 die Ampel-Regierung auf, diese sogenannte kalte
584 Progression auszugleichen und den
585 Einkommensteuertarif an die Inflationsentwicklung
586 anzupassen – und zwar rückwirkend zum 1. Januar
587 2022.

588 ***Belastungsmoratorium jetzt einführen***

589 Wir brauchen ein Belastungsmoratorium in Deutschland
590 und in der EU. Gerade in der Krise dürfen wir
591 Unternehmen nicht zusätzlich belasten. Wir fordern die
592 Ampel-Regierung daher auf, neue Regelungen, die

593 Unternehmen stärker be- als entlasten, zu stoppen. Die
594 Zeitenwende bedeutet auch, dass neue Prioritäten
595 gesetzt und Regelungen, die nicht direkt der Entlastung
596 der Wirtschaft oder der Herstellung von Sicherheit und
597 Versorgungssicherheit dienen, auf nationaler und
598 europäischer Ebene umgehend gestoppt oder
599 zumindest aufgeschoben werden müssen.

600 ***Unternehmensbesteuerung modernisieren***

601 Die Unternehmensteuern in Deutschland liegen
602 mittlerweile weit über dem OECD-Durchschnitt. Dies
603 gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.
604 Wir fordern eine mutige Unternehmenssteuerreform.
605 Die Konzepte dazu liegen vor; es muss nur endlich
606 gehandelt werden. Ohne Anreize für Innovationen und
607 Investitionen gibt es keinen Wachstumsimpuls.

10.

608 ***Fach- und Arbeitskräfteoffensive starten***

609 Kein Arbeitsplatz darf unbesetzt bleiben. Wir fordern
610 daher eine echte Fach- und Arbeitskräfteoffensive,
611 damit unser Land ein attraktiver Standort mit
612 modernsten Standards und gut ausgebildeten
613 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleibt. Deutschland
614 muss zum einen das inländische Arbeitskräftepotenzial
615 heben. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Die
616 Beschäftigungsanreize müssen daher erhöht werden,
617 anstatt sie – wie von der Ampel-Regierung im Rahmen
618 des sogenannten Bürgergeldes – zu reduzieren. Wir
619 wollen auch den Menschen in unserem Land helfen,
620 damit sie ihre Fähigkeiten besser entfalten können.

621 Dazu gehören zum einen flexiblere Arbeitszeitmodelle,
622 zum anderen aber auch z. B. die Umsetzung der
623 Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Wenn Kinder
624 gut betreut sind, dürften sich mehr Eltern entscheiden,
625 etwas länger am Tag zu arbeiten. Zum anderen muss
626 Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland
627 attraktiver werden. So muss ein gesteuerter Zuzug gut
628 ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus dem
629 Ausland mit Sprachkursen und Weiterbildungen
630 unterstützt werden. Innerhalb der EU haben wir ein
631 enormes Potential an Arbeitnehmern; in den anderen EU-
632 Staaten leben über 360 Millionen Menschen. Zudem
633 müssen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell
634 in das Schulsystem und den Arbeitsmarkt integriert
635 werden.

636 ***Neue Handelschancen weltweit eröffnen***

637 Gerade jetzt müssen wir Unternehmen in Deutschland
638 durch Freihandelsabkommen mehr
639 Handelsmöglichkeiten mit verlässlichen Partnern und
640 auf neuen Märkten schaffen, auch um Abhängigkeiten
641 im Handel, insbesondere mit autoritären Ländern,
642 abzubauen. Zudem erhöhen offene Märkte das
643 Marktangebot. Ein Bundeskanzler der Union wäre mit
644 einem vom Deutschen Bundestag ratifizierten CETA-
645 Abkommen nach Kanada gefahrenstatt mit leeren
646 Händen und leeren Versprechen. Wir fordern daher, das
647 Handelsabkommen mit Kanada (CETA) schnellstens zu
648 ratifizieren sowie weitere Abkommen, insbesondere mit
649 dem Mercosur-Raum, Indien und den USA
650 voranzutreiben.

651 ***Umfassende Verwaltungsreform angehen - Planungs-***

652 und Genehmigungsverfahren beschleunigen

653 Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern immer
654 noch zu lange und sind ein Hemmnis für Innovation und
655 Wachstum. Wir fordern daher die Ampel-Regierung auf,
656 zügig ein neues Bürokratieentlastungsgesetz
657 vorzulegen, das Unternehmen und Bürger spürbar
658 entlastet. Ein zentraler Baustein sollte die Ausweitung
659 der geltenden Bürokratiebremse zu einer „1 in, 2
660 out“-Regel sein. Die Einführung einer
661 Gründerschutzzone mit einer weitgehenden Befreiung
662 von bürokratischen Vorschriften in den ersten beiden
663 Jahren stärkt unsere Gründungskultur. Zudem fordern
664 wir die Ampel-Regierung auf, ein umfassendes Gesetz
665 zur Beschleunigung der Planungs- und
666 Genehmigungsverfahren in allen Bereichen vorzulegen.
667 Dazu gehört eine Einschränkung von
668 Verbandsklagerechten. Verfahrensregelungen, die z. B.
669 beim Ausbau den Erneuerbaren Energien erfolgreich
670 zur Beschleunigung beitragen, müssen als „best
671 practice“ zügig und umfassend auf andere
672 Anwendungsbereiche übertragen werden.

673 Offensive für Digitalisierung und Schlüsseltechnologien

674 Wir brauchen einen Digitalisierungsschub in Wirtschaft,
675 Verwaltung und Gesellschaft - angefangen bei der
676 digitalen Infrastruktur über eine bessere digitale
677 Bildung bis zu einer leistungsfähigen digitalen
678 Verwaltung. Auch die Veränderungen in einer
679 modernen, digitalen Arbeitswelt müssen berücksichtigt
680 und die Wünsche von Beschäftigten und Unternehmen
681 nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufgegriffen
682 werden. Eine Modernisierung unseres Staatswesens ist

683 eine zentrale Aufgabe - sie kommt nicht nur
684 Bürgerinnen und Bürgern zugute, sondern auch den
685 Unternehmen, weil sie die meisten Behördenkontakte
686 haben. Hier ist die Ampel gefordert, die Projekte weiter
687 voranzubringen, die wir als Union in den vergangenen
688 Legislaturen auf den Weg gebracht haben:
689 Onlinezugangsgesetz, Basisregister für
690 Unternehmensstammdaten, bundesweit einheitliches
691 Unternehmenskonto, Registermodernisierung.

692 Für Schlüsseltechnologien müssen wir zudem gezielt
693 Anreize setzen, europäisch gedacht und Ressourcen
694 gebündelt werden, um Skalierungs- bzw.
695 Netzwerkeffekte in Schlüsselbereichen zu heben, von
696 Künstlicher Intelligenz über Wasserstoff bis
697 Quantentechnologie. Dazu gehört, den Wissenschafts-
698 und Forschungsstandort Deutschland gezielt zu
699 stärken, Transfer in Unternehmen und Ausgründungen
700 zu vereinfachen und Wachstum durch die Umsetzung
701 des Zukunftsfonds und einer besseren
702 Mitarbeiterbeteiligung zu ermöglichen.